

## November 2013: Geheimnisse

Politik bedeutet eigentlich die Gestaltung des öffentlichen Lebens, das Handeln von Regierungen, Parlamenten, Parteien, Organisationen, Bürgerversammlungen u.ä. Es ist das, was jede Person tut, die sich um Belange kümmert, die die Allgemeinheit betrifft.

Es ist genau das, was auch das Stadtforum in Rapperswil-Jona leisten müsste. Das Reglement des Stadtforums hält denn auch fest: „Bei Geschäften, die bestimmte Bevölkerungskreise betreffen, wird diesen die Möglichkeit zur Mitwirkung eingeräumt. Das Stadtforum ist ein Mitwirkungsgrremium.“ Und „das Tätigkeitsfeld des Stadtforums ist umfassend. Es leistet jedoch hinsichtlich wichtiger Geschäfte grundsätzlich Entwicklungsarbeit.“

Und dann entzieht der Stadtrat entgegen dem Reglement dem Stadtforum die Möglichkeit der Mitwirkung, das umfassende Tätigkeitsfeld, die grundsätzliche Entwicklungsarbeit. Die Gestaltung des öffentlichen Lebens soll nicht öffentlich sein, Belange, die die Allgemeinheit betreffen nur noch Belange des Stadtrates.

Wir alle werden mal Alt. Aber mitwirken bei der künftigen Gestaltung unserer Lebensweise im Alter dürfen wir nicht. Das sollen Fachleute tun, so die Begründung des Stadtrates.

Dass sich Fachleute auch mal irren und an der Bevölkerung vorbei planen, sah man bei der Tunnelabstimmung. Dass Fachleute auch Pfusch abliefern können sah man beim Schulhaus Weiden. Das wurde von Fachleuten geplant, von Fachleuten gebaut und von Fachleuten überwacht. Die Stadt, die Steuerzahler zahlten dann die Fehler der Fachleute. Fachleute planten auch die bestehenden Altersheime. Die nun sanierungsbedürftig sind, weil sie den Anforderungen nicht entsprechen, zum Teil nicht einmal rollstuhlgängig sind.

Gerade die Planung für das Wohnen im Alter ist ein Paradebeispiel für etwas, das alle, das die gesamte Allgemeinheit etwas angeht. Und genau hier wäre offene Information und Mitwirkung gefragt. Genau hier liegt auch ein Betätigungsfeld des Stadtforums – wenigstens nach Reglement. Noch fragwürdiger wird Stellung des Stadtrates wenn er Auskünfte über die Gebührenordnung für die neue Stadtbibliothek verweigert. Budgetiert hat er die Einnahmen bereits, das konnte er nur, wenn er die Gebührenordnung schon kennt. Warum das jetzt geheim bleiben soll, kann nur ein Geheimnis des Stadtrates sein, denn veröffentlichen muss er die Gebührenordnung sowieso. Im Jahr 2014 werden für die Stadtbibliothek Ausgaben von knapp über einer Millionen Franken Ausgaben und Mitgliederbeiträge von 130'000 Franken budgetiert. Darüber soll aber nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden dürfen, sagt der Stadtrat. Aber darüber abstimmen lassen will er an der nächsten Bürgerversammlung.

Merkwürdig auch die Aussage, man wolle keine „Basisdemokratie“. Über die Ausgaben und Einnahmen der Stadtbibliothek werden via Budget die Bürger befinden müssen, über Beiträge an Altersheime, Pflegezentren oder Alterswohnungen ebenfalls – basisdemokratisch.

Es soll nicht politisiert werden in der Stadt, sagt der Stadtrat. Einwohner sollen sich also nicht um die Zukunft der Stadt kümmern, nicht um das Allgemeinwohl, nicht um Belange, die alle betreffen, nicht um die Gestaltung des öffentlichen Lebens. Denn nichts anders ist die Definition von Politik. Ruhe also soll die erste Bürgerpflicht werden und aus dem Stadtrat ein Geheimkabinett?

**Hintergrund:** Gemäss den Presseberichten wollen gleich drei Stadträte keine Diskussion über zukunftsweisende Beschlüsse wie die neuen Alterszentren oder über Naheliegendes wie die Bibliotheksgebühren, sie wollen nicht einmal darüber informieren.

"Keine Basisdemokratie" will Stadtpräsident Erich Zoller. Stadträtin Rahel Würmli meinte zum Altersheim ", dass "nicht alles muss verpolitisiert werden" und "gerade im Zusammenhang mit dem Pflegezentrum gebe es Aspekte, die nicht in die Öffentlichkeit gehörten", und "ein Pflegezentrum sei «per se keine politische Angelegenheit».

Diese Aussagen fielen alle bei einer Stadtforums-Sitzung. gem. den Zeitungen.

Das Reglement zum Stadtforum sieht aber genau das Gegenteil vor: "Gemäss Art. 6 der Gemeindeordnung der Stadt Rapperswil-Jona sorgt diese bei wichtigen Grundsatzfragen für eine angemessene Partizipation der Bevölkerung. Bei Geschäften, die bestimmte Bevölkerungskreise betreffen, wird diesen die Möglichkeit zur Mitwirkung eingeräumt. Das Stadtforum ist ein Mitwirkungsorgan im Sinne der vorstehenden Bestimmung."

Eine der Hauptaufgaben des Stadtforums sind "Grundsatzdiskussionen und Meinungsbildungen in der Entwicklungsphase von wichtigen Geschäften".

Nun befindet sich die Altersplanung tatsächlich in der Entwicklungsphase und ist ein wichtiges Geschäft. Natürlich sind da auch weite Bevölkerungskreise betroffen und wie das Wohnen im Alter künftig aussieht, wie es gestaltet wird, ist eine wichtige Grundsatzfrage. Der Stadtrat hätte damit das Stadtforum zwingend einbeziehen müssen.

Die Hinweise, man wolle "keine Basisdemokratie" oder man wolle etwas nicht verpolitisieren helfen da nicht weiter. Denn Politik ist "auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Handeln von Regierungen, Parlamenten, Parteien, Organisationen o. Ä.". gem. Duden. Wikipedia definiert: "Politisches Handeln kann durch folgenden Merksatz charakterisiert werden: „Soziales Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen ausgerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln.“

Wenn man keine Politik will, will man - ganz stark verkürzt gesagt - auch keine Demokratie. Denn Demokratie ist nur möglich, wenn man die BürgerInnen informiert. Entscheidungen müssen in einer Demokratie von einer Mehrheit getragen werden. Idealerweise werden sie in die Entscheidungsfindung miteinbezogen - so wie es das Reglement zum Stadtforum vorsieht.

Der Einbezug der BürgerInnen und auch letztlich die Entscheidungen der BürgerInnen an der Bürgerversammlung oder an der Urne sind politische Prozesse.

Es hilft nicht weiter, wenn man einfach - im Fall der Alterszentren - auf Fachleute verweist. Dass Entscheide von Fachleuten von den BürgerInnen nicht immer stand halten, zeigte die Tunnel-Abstimmung, Dass Fachleute auch etwas verbocken können, zeigt das Beispiel des Schulhauses Weiden. Von Fachleuten geplant, gebaut und überwacht, musste die Stadt dann die Fehler der Fachleute auf ihre Kosten ausbügeln lassen. Oder beim Altersheim Bühl, wo die kleinen dreieckigen Balkone - von Fachleuten geplant - praktisch nicht benutzt werden können.

Politisches Handeln heisst sich engagieren, sich einmischen, Entscheidungen hinterfragen u.a. Und das ist nicht per se schlecht. Der Stadtrat kann auf Unterstützung nur hoffen, wenn er die Betroffenen - ob künftige Bewohner der Altersheime oder Besucher der Bürgerversammlungen, die die Kredit bewilligen müssen - miteinbezieht.

Unverständlich deshalb auch, wenn man bereits gefallene Entscheidungen nicht kommuniziert. Die Einnahmen aus den Bibliotheksgebühren sind bereits budgetiert. Das heisst auch, dass da eine Einnahmenschätzung aufgrund einer Gebührenordnung vorhanden sein muss. Am 5.12. stimmen die BürgerInnen im Rahmen des Budgets darüber ab. Aber 20 Tage vorher informieren will man nicht.

Wenn es nur ein Einzelner gewesen wäre, der Politik für schlecht erklärt hätte, könnte man das vielleicht als Gedankenlosigkeit abtun. Wenn es drei Stadträte sind, die nichts von Politik halten, nichts vom Engagement von BürgerInnen, dann läuft etwas falsch. Wenn es nur ein Stadtrat ist, der grundlegende Informationen verweigert, könnte man sich die Infos sicher auch sonst beschaffen. Aber wenn es drei Stadträte tun, dann läuft im Stadtrat etwas grundlegend falsch.

Was soll eine Aussage wie "wir wollen keine Basisdemokratie"? Ist denn eine Bürgerversammlung etwas anderes? Oder dass Aspekte nicht in die Öffentlichkeit gehören. Wie soll Demokratie denn funktionieren, wenn der Stadtrat zum Geheimkabinett wird?

Und was soll die Aussage, man wolle die Alterspolitik nicht politisieren. Alterspolitik betrifft alle, ist also per se politisch.